

Zeitschrift: Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Band: 1 (2008)

Heft: 2

Artikel: Der Klimawandel lässt das BABS nicht kalt

Autor: Wenger, Nick

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-357856>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Auswirkung auf den Bevölkerungsschutz

Der Klimawandel lässt das BABS nicht kalt

Zahlreiche Naturkatastrophen haben die Schweiz in den letzten Jahren getroffen und mehrere Todesopfer und verheerende Schäden verursacht. Die Medien warfen die Frage auf, ob es sich bei dieser Häufung von Grossereignissen bereits um die Vorboten des Klimawandels handelt. Obwohl sich ein solcher Zusammenhang statistisch nicht nachweisen lässt, schliessen Experten nicht aus, dass sich im Zuge der Klimaänderung extreme Naturereignisse tatsächlich häufen werden. Um für diesen Fall gewappnet zu sein, klärt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS den Handlungsbedarf frühzeitig ab.

Die Schweizer Bevölkerung musste sich in jüngster Vergangenheit mehrmals mit dramatischen Naturereignissen auseinandersetzen. Die Überschwemmungen von 1999, 2005 und 2007, der Hitzesommer 2003 oder der Sturm Lothar im Dezember 1999 bescherten dem Begriff «Jahrhundertkatastrophe» Hochkonjunktur. In der Öffentlichkeit wird seither verschiedentlich darüber spekuliert, ob solche Ereignisse in einem Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen.

Aufgrund der geringen Anzahl von Extremereignissen lässt sich statistisch nicht stichhaltig feststellen, ob der Klimawandel tatsächlich stärkere und häufigere Naturkatastrophen zur Folge haben wird. Vieles deutet laut Experten aber darauf hin, dass gewisse Ereignisse künftig häufiger auftreten und intensiver ausfallen werden. Eine Prognose über das exakte Ausmass ist indes noch nicht möglich.

Katastrophenarmes 20. Jahrhundert

Ungeachtet der Klärung dieser Frage zeigen die jüngsten Grosseignisse, dass die natürlichen Prozesse Dimensionen annehmen, die ausserhalb des Erfahrungshorizonts der Gesellschaft liegen. Dies gründet nicht zuletzt auch darin, dass die Schweiz im 20. Jahrhundert verhältnismässig wenige Naturkatastrophen von grossem Ausmass zu bewältigen hatte. Der Zeitraum von 1910 bis 1987 wird deshalb auch als «disaster gap» bezeichnet.

Sowohl ein grosser Teil der präventiven Schutzmassnahmen (etwa Hochwasserdämme) als auch die Konzeption der Katastrophenhilfe haben ihren Ursprung in dieser vergleichsweise katastrophenarmen Zeit. Sie sind auf Ereignisse aus diesem Erfahrungshorizont ausgerichtet. Die Überschwemmungen von 1999, 2005 und 2007 haben nun aber offengelegt, dass etwa die präventiven Schutzmassnahmen bei Ereignissen dieser Grössenordnung nicht genügen. Zahlreiche Gebiete – wie das Dorfzentrum von Lyss oder das Berner Mattequartier – standen in den letzten Jahren gleich mehrmals komplett unter Wasser.

Bevölkerungsschutz frühzeitig anpassen

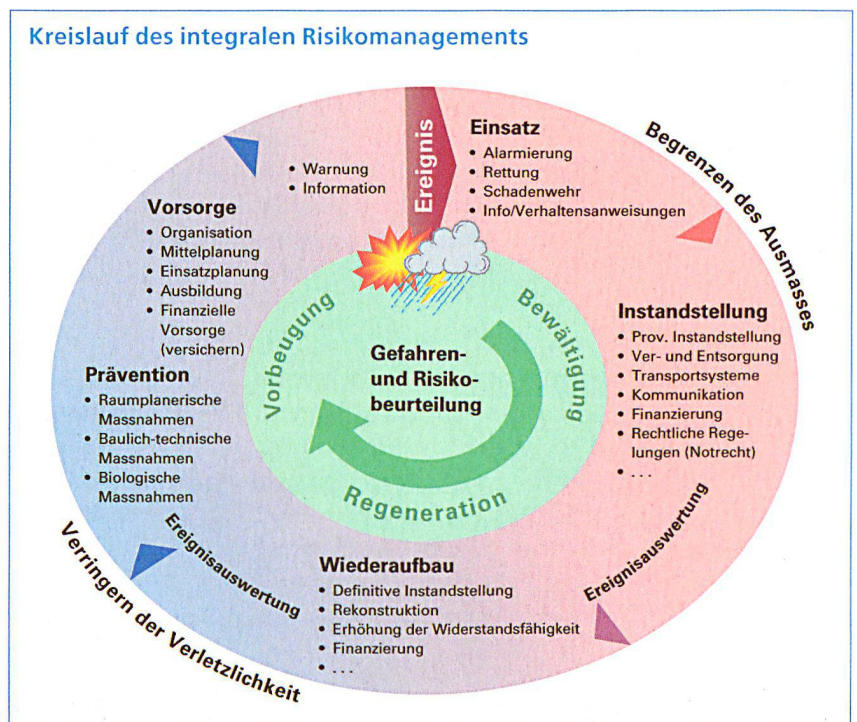
Im Gegensatz zu den präventiven Schutzvorkehrungen hat die Bewältigung dieser Ereignisse durch das Verbundsystem Bevölkerungsschutz mehrheitlich gut funktioniert. Forderten früher solche Katastrophen dutzende Todesopfer, konnten die Personenschäden vergleichsweise tief gehalten werden. Allerdings lief auch die Bewältigung der Katastrophen nicht reibungslos ab: Mängel haben sich insbesondere in den Bereichen der Warnung und Alarmierung oder der überregionalen Koordination gezeigt.

Sollte der Klimawandel eine weitere Zunahme von Intensität und Ausmass der Extremereignisse mit sich bringen,

könnte auch der Bevölkerungsschutz an seine Grenzen stossen. Sollten Anpassungen notwendig werden, müssen sie rechtzeitig in Gang gesetzt werden. Aus diesem Grund ist das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS daran, sich mit den möglichen Folgen des Klimawandels auseinanderzusetzen.

Seit Frühling 2008: BABS-Projekt Klimawandel

In einem ersten Schritt hat das BABS im Frühling 2008 ein Projekt lanciert, das sich mit dem Klimawandel und möglichen Folgen für den Bevölkerungsschutz befasst. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden Ende 2008 in Form eines Berichts veröffentlicht. Die Analyse soll zur Hauptsache eine Auslegeordnung vornehmen und die relevanten Handlungsfelder aufzeigen. Dem BABS geht es dabei nicht darum, wegen einer populären Diskussion in Aktivismus zu verfallen. Basis des Projekts ist vielmehr die Erkenntnis, dass der Klimawandel zu Häufigkeits- und Ausmassveränderungen bei gewissen Naturgefahren führen kann. Gemäss Kreislauf des integralen Risikomanagements sollten diese Anpassungen im zentralen Bereich der Gefahren- und Risikobeurteilung Auswirkungen auf allen Handlungsebenen nach sich ziehen. Aus diesem Grund dürfen sich staatliche Anpassungsstrategien an den Klimawandel nicht nur mit präventiven Schutzmassnahmen beschäftigen, sondern müssen auch die Planungen im Bereich der Vorsorge und des Einsatzes – im Tätigkeitsgebiet des Bevölkerungsschutzes – mit einbeziehen.



Der Bericht des BABS beschäftigt sich sowohl mit den aufgrund des Klimawandels zu erwartenden Auswirkungen bis 2020 als auch mit denjenigen bis 2050. Er wird in einem ersten Teil die wissenschaftlichen Befunde zum Klimawandel zusammenfassen und so weit wie möglich Aussagen über Änderungen von Temperatur- und Niederschlagsmustern machen. Darauf aufbauend werden in einem zweiten Teil Erkenntnisse zu möglichen Auswirkungen auf Intensität und Häufigkeit von klimarelevanten Extremereignissen formuliert. Schliesslich erarbeitet der Bericht im dritten Teil mögliche Handlungsempfehlungen für das BABS.

Noch vor Fertigstellung des Berichts kann festgehalten werden, dass der Klimawandel keine «neuen» Gefahren

mit sich bringt und deshalb aus Sicht des Bevölkerungsschutzes keine unmittelbaren Massnahmen eingeleitet werden müssen. Vieles deutet aber darauf hin, dass gewisse Naturereignisse im Zuge des Klimawandels häufiger und intensiver auftreten werden als bisher: Da die Sommer tendenziell heisser und trockener und die Winter wärmer und niederschlagsreicher werden, drohen

beispielsweise im Mittelland vermehrt Winterhochwasser von grossem Ausmass. Zudem könnten Hitzesommer wie derjenige von 2003 im schlimmsten Fall alle paar Jahre auftreten – und etwa die Sterblichkeit von alten und kranken Personen erhöhen. Im Zug der häufigeren Hitzeperioden und der geringeren Regenmenge im Sommer dürfte überdies die Waldbrandproblematik auch auf der Alpennordseite aktuell werden.

Bis 2020 Herausforderungen im Griff

Im Gegensatz zu den langfristigen Trends für Temperatur- und Niederschlagsmittelwerte sind die Aussagemöglichkeiten bezüglich der Extremereignisse aber noch zu wenig präzise, um einen konkreten Handlungsbedarf für den Bevölkerungsschutz abzuleiten. Der Bericht kommt zum Schluss, dass das Verbundsystem bis in den Zeithorizont von 2020 in der Lage sein dürfte, die zu erwartenden Herausforderungen des Klimawandels zu meistern. Dies

insbesondere auch, weil notwendige Anpassungen bereits im Rahmen von verschiedenen laufenden oder kürzlich abgeschlossenen Verbesserungsmassnahmen realisiert wurden: So sind etwa mit dem Projekt OWARNA (Optimierung von Warnung und Alarmierung) verschiedene Massnahmen verabschiedet worden, um die Warnung und Alarmierung bei Naturkatastrophen zu verbessern.

Allfällige weitere Anpassungen an den Klimawandel – etwa im Sinne einer strategischen oder organisatorischen Neuausrichtung des Verbundsystems – erscheinen zum heutigen Zeitpunkt noch nicht notwendig. Das BABS wird aber im Rahmen der ordentlichen Amtsplanung regelmässig prüfen, ob neue Erkenntnisse vorliegen. Um diesbezügliche Entwicklungen zu erfassen, arbeitet das BABS im Rahmen des Interdepartementalen Ausschusses Klima (IDA Klima) eng mit anderen Bundesstellen zusammen, die sich mit Fragen zum Klimawandel beschäftigen. Der im Februar 2008 vom Bundesrat eingesetzte IDA Klima stellt zum einen eine kohärente Klimapolitik sicher, zum andern koordiniert er sämtliche klimapolitisch relevanten Aktivitäten des Bundes. Das Mandat des IDA Klima gliedert die Arbeiten in verschiedene Handlungsfelder. In diesen geht es unter anderem um die Verminderung und Vermeidung von Emissionen, den Emissionshandel oder die Forschung.

Anstrengungen in der Prävention und der Vorsorge

Das BABS ist vor allem dort aktiv, wo die Anpassungsmassnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels koordiniert werden. Dabei findet insbesondere eine enge Koordination mit dem Bundesamt für Umwelt BAFU statt, das für präventive Massnahmen im Hinblick auf intensivere und häufigere Naturkatastrophen zuständig ist.

Die im IDA Klima beteiligten Bundesstellen achten darauf, übertriebenen Alarmismus und Aktivismus zu verhindern. Stattdessen sollen aufgrund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse (wie Klimamodellen) künftige Entwicklungen antizipiert und mit einem kohärenten Vorgehen im Sinne des integralen Risikomanagements soll die Verwundbarkeit der Schweiz verringert werden.

Nick Wenger

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS



Ist der Bevölkerungsschutz gewappnet, wenn künftig mit mehr Hochwassern zu rechnen ist? Im Bild das Lachenstadion bei Thun im August 2005.